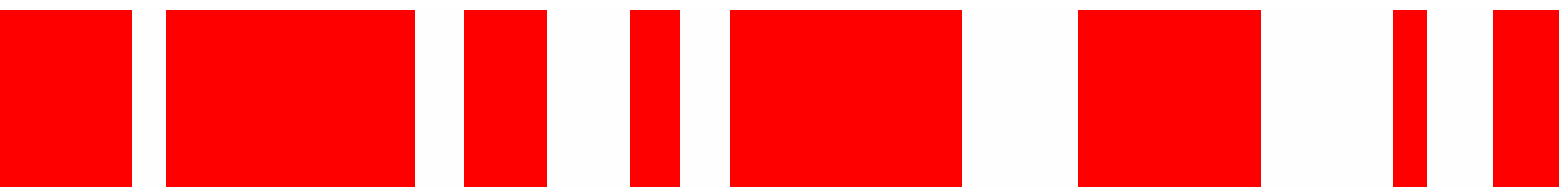


Bildung best in class!

Neustart in der Bildungspolitik

**Positionspapier Bildung des Innovators Club
Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung**



Bildung best in class!

Neustart in der Bildungspolitik

Positionspapier Bildung des Innovators Club - Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung

Die „Möglichkeit zu Lernen“ – ist für alle Menschen, wahrscheinlich die größte Herausforderung und das höchste Ziel, das Regierungen für sich selbst gesetzt haben.

Bundespräsident Horst Köhler sagte anlässlich seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt: *„Chancengleichheit durch bestmögliche Bildung herzustellen, ist der wichtigste Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Und dabei dürfen wir nicht vergessen: Alles fängt in der Familie an. Eltern müssen sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Wenn sie das nicht tun, dann kann das keine Schule reparieren.“*

1994 öffnete sich das deutsche Schulwesen erstmals für internationale Vergleichsstudien. Die Ergebnisse dieser Vergleichsstudien, hinlänglich als PISA-Studien bekannt, haben nicht nur eine große Reformdiskussion um das deutsche Schulwesens eingeleitet, sondern sind als Initialpunkt für die nach 1964 zweite große Schulreform zu verstehen.

In der Reform des deutschen Schulwesens besteht parteiübergreifend Einigkeit. Es stellt sich die Frage nach dem Wie. Hier gibt es unterschiedliche Vorstellungen jedoch nur wenige ganzheitliche Konzepte. Stattdessen wird die öffentliche Diskussion auf die Systemfrage „Dreigliedrig“ versus „Einheitlich“ eingeengt.

Es gibt in Deutschland zwar unterschiedliche Schulformen, aber in dem entscheidenden Strukturmerkmal gibt es keinen Unterschied: keine Förderung der Kinder nach Ihren individuellen Fähigkeiten. Hier gilt es primär anzusetzen:

- Förderung in kleineren Klassen nach individuellen Fähigkeiten,
- Lebenslanges Lernen als Grundprinzip von Anfang an und
- Einführung von zentralen Bildungsstandards sowie Schaffung dezentraler Verantwortungs- und Umsetzungsstrukturen.

Als Ausgangspunkt sollten die für die Bildung zuständigen Bundesländer eine gemeinsame Vision „**Bildung 2012**“ entwickeln, daraus die entsprechenden Ziele ableiten sowie allgemein verbindliche Bildungsstandards und Kompetenzprofile definieren. Die oftmals ideologisch geführte Diskussion und Entscheidung über das Schulsystem muss endlich in den Hintergrund zurücktreten.

Die Einführung von Bildungsstandards beinhaltet den größten Umdenkungsprozess für alle Teilnehmer in unserer Bildungslandschaft: Von der Bildungsbeurteilung anhand von Lehrplänen hin zu Überprüfung anhand von erlernten Kompetenzen im Vergleich zu anderen Ländern und hier gilt: im Vergleich zu den Besten!

Innovators Club: Vision 2012

Der Innovators Club will mit diesem Thesenpapier zu der Diskussion beitragen und hat eigene Visionen und Forderungen für eine nachhaltige Bildungspolitik aus der Sicht von kommunalen Praktikern formuliert. Die Bildungsvision 2012 umfasst im Wesentlichen folgende Aspekte:

„Anfang 2009 ist in Deutschland die Ganztagschule der Regelfall. Die Schulbürokratie ist weitgehend abgeschafft. Die Vorgaben bestehen nur noch aus Kompetenzzielen, die die einzelne Schule – gemessen an ihrem Klientel – erreichen muss. Dies wird von einem privaten Unternehmen oder in Partnerschaft mit bestehenden öffentlichen Einrichtungen im Auftrag des Staates jährlich evaluiert. Nach dem Ergebnis der Überprüfung richtet sich zum erheblichen Teil auch die Besoldungshöhe der Lehrer. Das heißt, ein erfolgreicher Lehrer in Problemgebieten kann sein Gehalt deutlich verbessern. Sonderschulen sind – nach finnischem Vorbild – abgeschafft. Die frei werdenden Lehrer arbeiten gezielt mit Problemfällen an den anderen Schulen. Die Lehrerausbildung wurde grundlegend reformiert. Es gibt eine gemeinsame Ausbildung der Erziehenden, die erst später weiter ausdifferenziert wird. Dies hat zu einer deutlich besseren Vernetzung zwischen den Schulen und zwischen der Vorschulausbildung geführt. Die Ausbildung der Lehrer berücksichtigt auch verstärkt den Immigrationshintergrund vieler Schüler. Deutsch ist als Fremdsprache Schulfach. Die Bundesländer haben – ebenfalls nach dem Vorbild in Finnland – mit Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände die staatlichen Schulen vollständig kommunalisiert und damit gute Erfahrung gemacht. Die Kommunen arbeiten auf regionaler Ebene

zusammen. Die Mittel für das Bildungssystem sind umverteilt und aufgestockt worden.

Im Zuge der Angleichung der Mehrwertsteuersätze in der EU hat es eine vierprozentige Mehrwertsteuererhöhung gegeben. Sie wird je zur Hälfte zur Schuldentilgung und für das Bildungssystem verwendet.“

Das Papier greift Erfahrungen aus verschiedenen Studien und Pilotprojekten in Deutschland und Europa auf und will diese in einen Gesamtzusammenhang setzen. Die folgenden Thesen sollen diese Vision untermauern und Handlungsfelder für Bildungspolitiker und kommunale Entscheidungsträger definieren.

These 1: Lebenslanges Lernen - Bildung von Anfang an

These 2: Ohne eine gemeinsame Sprache geht es nicht

These 3: Einführung von Bildungsstandards und Kompetenzziele! Stärkung selbständiger Verantwortungsstrukturen statt Ausbau des bildungspolitischen Zentralismus

These 4: Wissen wo der Schuh drückt - Für neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Bildungspolitik

These 5: Neues Lernen mit Neuen Medien: IT-Konzepte für die Bildungsrevolution

These 1: Lebenslanges Lernen - Bildung von Anfang an

Grundlegend für eine zukunftsweisende Bildung ist die praktische Umsetzung der Erkenntnis, dass die ersten Lebensjahre entscheidend sind für die Ausbildung emotionaler und intellektueller Strukturen. Je früher, desto besser – auf diese Formel lässt sich die Antwort auf die Frage, wann Bildung beginnen muss, bringen. Für den Lernerfolg lässt sich die angeborene kindliche Neugier nutzen, sowie in der Folge für die Motivation des Lernenden das gesteigerte Selbstwertgefühl aus dem Kompetenzerwerb.

Theoretisch ja, praktisch nein

Dieses Wissen über frühkindliche Entwicklung ist zwar in der Theorie gut verankert, hat aber in Deutschland in der Praxis bisher nur wenig Spuren hinterlassen. Im Ausland gibt es hingegen eine Vielzahl von positiven Gegenbeispielen. Ein unverzichtbarer Reformschritt dabei ist jeweils die massive Aufwertung der Arbeit in Kindergärten, um so die Qualität der Früherziehung zu verbessern. Von wissenschaftlicher Seite wird beklagt, dass in Deutschland, wo die Kindergärten kostenpflichtig und das Studium gebührenfrei sind, die Erkenntnis der frühkindlichen Entwicklung in das Bildungssystem nicht einbezogen wird. Nur durch eine Expansion der Förderung in den frühkindlichen Bereich kann eine sich lebenslang auswirkende Benachteiligung bei der Bildung vermieden werden.

„Früher hieß es, je älter ein Kind ist, desto mehr wird in dieses Kind investiert, heute ist es umgekehrt.“
*Christine Pascal,
englische Professorin für
Frühpädagogik*

Familienpolitik als bildungspolitischer Schlüssel

Die Lösung für eine zukunftsfähige Bildung in Deutschland geht aber weit über den Bereich der Bildungspolitik hinaus. Führen wir uns die Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung konsequent vor Augen, kommen wir nicht daran vorbei, die Familienpolitik als den Schlüssel für eine bessere Bildung zu begreifen. Was dort, wo sich die frühkindliche Entwicklung fast ausschließlich abspielt – nämlich im Elternhaus – versäumt wird, kann keine Schule kompensieren. Anders ausgedrückt: Der Bildungsbereich darf nicht mit klassischen Erziehungsaufgaben überfrachtet werden. Hier müssen Bildungspolitiker, Verantwortliche an Schulen und Lehrer auch einmal „nein“ sagen können und die Verantwortung rückverweisen in die Elternhäuser. Jedoch wo diese Verantwortung der Elternhäuser noch nicht wahrgenommen wird bedarf es gezielter Unterstützung durch die Schule im Rahmen der individuellen Förderung der betroffenen Schülerin und Schüler.

Bildungspolitik als integrationspolitische Ressource

Auf der anderen Seite müssen Bildungsträger – und hier vor allem die Schulen – einen gesellschaftlich integrierenden Beitrag leisten. In Deutschland wird mehr als in jedem anderen in der PISA-Studie untersuchten Land eine soziale Selektion und institutionelle Differenzierung im Kindesalter betrieben. Das traditionelle drei- beziehungsweise viergliedrige Schulsystem zementiert soziale Ungleichheit. Damit wird die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft, die sich auch in der zunehmenden Segregation der Lebensverhältnisse in den Städten und Regionen ausdrückt, gefördert. Die Lebenswelten und Chancen von Schülern unterscheiden sich je nachdem, wo und unter welchen Verhältnissen sie wohnen und welche Schule sie besuchen so dramatisch, dass Experten von mindestens zwei gänzlich unterschiedlichen Kindheiten sprechen, einer bildungsnahen und bildungsfernen.

Hürden für den Lernerfolg

Besondere Bedeutung bekommt die Forderung nach einer möglichst frühen Förderung, wenn spezielle Hürden für den Bildungserfolg hinzukommen: Mangelnde Sprachkenntnisse. Aus der Wissenschaft ist hinlänglich bekannt, dass der Spracherwerb Kindern besonders leicht fällt. Jedes Kind kommt einer angeborenen Sprachbegabung auf die Welt. Eingeführt werden die Kinder in die Sprache durch ihre Eltern. Dies geschieht ganz nebenbei, bevor die Kinder selber sprechen können. Für das Erlernen der Sprache sind jedoch für das Kind Eltern vonnöten, die die Sprache selbst beherrschen. Dies ist in vielen Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht (mehr) der Fall.

Fallstudie Stadt Herten: Sprachkompetenz entwickeln - Von der Geburt bis zur Einschulung

In Herten gibt es einen Ratsbeschluss, nach dem „alle Kinder die deutsche Sprache so gut beherrschen sollen, dass sie ihrem Begabungspotential entsprechend allgemeine Schulabschlüsse erwerben können.“ Damit hat sich Herten bei einem Ausländeranteil von über 25 Prozent ein anspruchsvolles Ziel gesetzt.

In einem Stufenprogramm wird ausländischen Eltern „Begleitung von der Geburt bis zur Einschulung“ angeboten, das sich aus den folgenden Bausteinen zusammensetzt:

- Informationsangebote für die Eltern direkt nach der Geburt der Kinder
- Durchführung von Sprachstandserhebungen bei Aufnahme in den Kindergarten und gezielte Sprachförderung durch die Erzieherinnen
- Erneute Sprachstandserhebung ein Jahr vor der Einschulung, um den weiteren Förderbedarf festzulegen
- Wenn nötig wird die Einschulung verschoben und eine intensive Förderung in Sprachgruppen vorgenommen.

Daneben werden die Erzieher im Kindergarten und Lehrer mit Modellen und Techniken des Spracherwerbs vertraut gemacht, um so den Kindern das Erlernen zu erleichtern. Mit diesen stadtteilorientierten Qualifizierungsmaßnahmen wird zudem ein Netz von Kooperationsstrukturen aufgebaut und die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen gestärkt.

Die jungen Eltern werden frühzeitig für den Erwerb der Zweitsprache sensibilisiert, denn die Förderung muss möglichst früh beginnen. Dabei ist zuvorderst die Familie in der Verantwortung. Die Eltern werden mit Informationsmaterial zum Zweitspracherwerb und praktischen Erziehungsfragen unterstützt, werden zu Hause besucht, wenn die Kinder nicht in einer Kindergarten gehen und ihre Sprachkompetenz in der Muttersprache gefördert. Mit diesen Maßnahmen wird ganz nebenbei die Begegnung der Kulturen gefördert, was die Integration erleichtert.

These 2: Ohne eine gemeinsame Sprache geht es nicht

Aufgrund der Zuwanderung vor allem im letzten Jahrzehnt ist Deutschland de facto ein Einwanderungsland geworden – mag auf bundespolitischer Ebene noch darüber gestritten werden, ob dem tatsächlich so ist: In den Kommunen ist diese Erkenntnis schon seit langem Realität. Insofern müssen die Kommunen sich verstärkt der Integration von Ausländern annehmen – auch und gerade im Bildungsbereich. Sollten die „Gastarbeiter“ der fünfziger und sechziger Jahre wirklich nur Gäste auf Zeit in Deutschland sein, für die teilweise sogar eine parallele Infrastruktur geschaffen wurde, beabsichtigt heute kaum ein Zuwanderer in sein Heimatland zurückzukehren. Für diese Gruppe ist die deutsche Sprache Voraussetzung für ihre Integration in die Gesellschaft und eine Schlüsselkompetenz für Bildungserfolge.

Ausbleibende Bildungserfolge bei Migrationshintergrund

Auch 50 Jahre nachdem die ersten Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind, bedeutet ein Leben ohne deutschen Pass nämlich nach wie vor ein drastisch erhöhtes Risiko des mangelnden Bildungserfolges. Die Situation für junge Ausländer in Schule, Aus- und Weiterbildung ist noch immer erheblich schlechter als die der gleichaltrigen Einheimischen. Im Vergleich zu jungen Deutschen zeigt sich, dass sie

- weniger institutionelle Betreuung im vorschulischen Bereich vor dem sechsten Lebensjahr erfahren,
- mit etwa 17 % fast doppelt so oft keinen Schulabschluss erreichen,
- nur halb so oft von Weiterbildungsangeboten Gebrauch machen.

Der vergleichsweise mangelhafte Bildungserfolg von jugendlichen Ausländern erklärt sich aus den nicht so guten sozioökonomischen Bedingungen und der schlechteren Sprachkompetenz – wobei Sprachkenntnisse und soziale Situation wiederum oftmals untrennbar miteinander verbunden sind.

Sprachkenntnisse als Schlüsselressource

Der Zugang zur deutschen Sprache ist der Dreh- und Angelpunkt einer Bildungskarriere hier zu Lande. Auch wenn in der Zweisprachigkeit der Migrantenfamilien Chancen liegen, zeigt sich in der Praxis oft die Kehrseite: Die Basis für das Erlernen einer zweiten Sprache ist eine differenzierte Muttersprache. Je besser diese beherrscht wird, desto einfacher lässt sich

Deutsch lernen. Hinzu kommt die Bedeutung der Muttersprache für die Entwicklung einer eigenen Identität und des Selbstwertgefühls.

Szenario Berlin-Kreuzberg

Allerdings haben eine große Anzahl von Migrantenkindern nicht nur in der deutschen, sondern auch in ihrer Muttersprache erhebliche Defizite: fehlende Grammatik, mangelnder Wortschatz und eine schlechte Aussprache sind die Kennzeichen. Gesprochen wird oft eine dauerhafte „Mischsprache“ aus der Muttersprache und deutsch. In Stadtteilen mit parallelgesellschaftlichen Strukturen wie etwa als „bad practice“ Berlin-Kreuzberg ist dies an jeder Straßenecke zu erfahren. Dies führt dazu, dass sich die Jugendlichen in keiner Welt mehr „zu Hause“ fühlen und ein Abtauchen in Parallelwelten vorgezeichnet ist – ganz abgesehen von ihren dramatisch schlechten Bildungs- und Ausbildungschancen. Gerade bei der Sprachvermittlung gilt das Motto „Je früher, desto besser“. Daher ist der vorschulische Bereich besonders wichtig, im schulischen Bereich stehen die Grundschulen im Fokus.

Der mangelnden Sprachkompetenz als einem Bildungshindernis Abhilfe zu leisten, setzten verschiedene Modellprojekte an, von denen das Beispiel Arnsberg als „best practice“ vorgestellt wird.

Fallstudie Stadt Arnsberg: Sprachkurse für ausländische Mütter

Kinder ausländischer Herkunft haben in Arnsberg schon länger die Möglichkeit, Deutsch zu lernen – ihre Eltern bislang nicht. Mangelnde Sprachkenntnisse der Erwachsenen wirken sich jedoch auch auf den schulischen Erfolg ihrer Kinder aus. Um dem Unterricht folgen zu können, sollten die Kleinen so früh wie möglich schon zu Hause Deutsch lernen. Und die Mütter selbst können nur dann ihre Mitsprachemöglichkeit in der Schule wahrnehmen und an Elternabenden teilnehmen, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Um Eltern zu ermöglichen, ihre Kinder zu unterstützen und zu fördern, werden jungen ausländischen Müttern in Arnsberg nah am Wohnort Sprachkurse angeboten. Damit soll auch Missverständnissen zwischen Eltern und Kindern vorgebeugt werden, da manche Eltern ihre deutsch sprechenden Kinder nicht mehr richtig verstehen. Zudem werden den Eltern Dolmetscherdienste bei schulischen Veranstaltungen angeboten, um Kommunikationsproblemen vorzubeugen, da Schule nur mit den Eltern gut funktionieren kann.

These 3: Einführung von Bildungsstandards und Kompetenzziele!

Stärkung selbständiger Verantwortungsstrukturen statt Ausbau des Bildungspolitischen Zentralismus

Ein erfolgreicher Umbau des Bildungssystems kann nur unter Einbeziehung aller relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Akteure gelingen. Sie müssen sich ihrer Verantwortung stellen, gemeinsam an neuen Bildungsstandards arbeiten und diese auch halten. Es geht primär darum, die Ressourcen zu nutzen und für eine koordinierte Entwicklungsarbeit einzusetzen.

Qualitätsstandards für die Bildungseinrichtungen setzen

Es bedarf ebenfalls einer möglichst bundesweiten Verständigung über die Qualitätsstandards, denen die vorschulischen Einrichtungen und die Schulen als Ganze genügen müssen: Neben den Lernleistungen der Kinder und Jugendlichen spielen dabei vor allem die Lehr- und Lernprozesse, die Führung und das Management, die Schulkultur und die Zufriedenheit der Schüler, Eltern, Lehrer und „Abnehmer“ eine wichtige Rolle. Dementsprechend müssen systematische Prozesse der Qualitätsentwicklung innerhalb der Einrichtungen gestaltet werden.

Monitoring der Bildungsqualität

Das Schulsystem als Ganzes muss seine Leistung überprüfen, Transparenz schaffen und Rechenschaft ablegen: Erreichen die Schulen die Mindest- und Qualitätsstandards? Wie legen sie Rechenschaft ab? Wie werden sie unterstützt? Dazu ist ein regelmäßiges Bildungsmonitoring unerlässlich. Hierzu ist ein nach staatlichen Vorgaben arbeitendes Inspektionssystem erforderlich, das auch von privaten Unternehmen wahrgenommen werden kann. Die gebündelten Ergebnisse der schulischen Qualitäts- und Leistungsvergleiche können dabei ein Element darstellen. Ein Bildungsbericht, der etwa alle zwei Jahre erscheint, gibt für jedes Bundesland unter vergleichbaren Fragestellungen und Qualitätsindikatoren einen Überblick über die Entwicklungen im Bildungsbereich, analysiert die Entwicklungsstände der einzelnen Bundesländer und dokumentiert im Sinne von „best practice“ gelungene Problemlösungen. Auch hier ist es das Ziel, Hinweise für die qualitative

Schulen müssen die die Fähigkeit zur Selbstevaluation erwerben und kontinuierlich zur Anwendung bringen.

Weiterentwicklung der Schulsysteme zu erhalten. Schulen müssen die Fähigkeit zur Selbstevaluation erwerben und kontinuierlich zur Anwendung bringen.

Verantwortungsgemeinschaften schaffen

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur ein Anliegen des Elternhauses, der vorschulischen Einrichtungen und der Schule. Sie ist auch ein Anliegen des gesamten Gemeinwesens. Die Ziele und Wege, die die Vertreter aus Schule, Wirtschaft, Kommunen, Jugendhilfe und anderen Einrichtungen dabei im Einzelnen verfolgen, sind allerdings oft nicht aufeinander abgestimmt. Daher müssen Verantwortungsgemeinschaften jenseits des Zuständigkeitsdenkens durch enge Vernetzung dieser Akteure entstehen. Sie schaffen Allianzen, die im Interesse der Kinder und Jugendlichen die Unterstützungsangebote der Region systematisieren - von der vorschulischen Sprachförderung über die Erziehungsbegleitung für Eltern bis hin zur systematischen Fortbildung der Lehrerkollegien – und erschließen Mittel für regionale Bildungsfonds zur Förderung wichtiger Innovationsprojekte. Bildungs- und Förderangebote können so auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse abgestimmt werden, regionale Bildungslandschaften können entstehen. Dazu zählen die örtlichen und regionale berufliche Weiterbildung.

Konsequente Öffnung in das lokale Umfeld

Nur wenn das institutionelle Lernen die soziale Wirklichkeit der Kinder und Jugendlichen in vielfältiger Weise berücksichtigt, können Schüler das Erlernte in eine sinnvolle Beziehung zu ihrem eigenen Leben setzen. Daher ist es unerlässlich, dass sich vorschulische Einrichtungen und Schulen eng mit allen lokalen und regionalen Einrichtungen vernetzen. Vor allem in der Schule bringen sich die Partner aktiv in den regulären Schulalltag ein. Darüber hinaus findet Unterricht an eben jenen Orten statt, die konkrete betriebliche, soziale und kulturelle Erfahrungen ermöglichen. Unterricht außer Haus in Form von Projekten, Recherchen oder regelmäßigen Praxistagen - in Betrieben, Altenheimen, Museen, auf dem Bauernhof etc. - muss Bestandteil von organisierten Lernprozessen werden. Hier können Schüler authentisch und effektiver als durch jedes Lehrbuch lebenspraktische und fachliche Kompetenzen erwerben und Anregungen für den eigenen Berufswunsch erhalten. Eine besondere Rolle bei der Förderung der Lese- und Informationskompetenz spielen die öffentlichen Bibliotheken vor Ort: Durch gezielte und systematische Kooperation gewinnen die Schulen kompetente

Partner, durch deren Einbindung die Lesefreude und die Leseintensität bei den Schülern deutlich gesteigert werden können. Neben der Möglichkeit, unterrichtsbezogene Materialien zu nutzen, können auch in der Bibliothek ganze Unterrichtsphasen durchgeführt werden. In den Schulen werden dazu Selbstlernzentren in enger Kooperation mit der örtlichen Bibliothek eingerichtet.

Fallstudie Großbritannien: Qualitätstandards in Early Childhood Excellence Centern und Local Education Authorities



Für Kinder ab drei Jahren stehen in Großbritannien garantierte Vorschulplätze zur Verfügung. Diese Plätze werden von den Local Education Authorities bereitgestellt. Für Kinder aus benachteiligten Nachbarschaften gibt es besondere Early Childhood Education Center oder Early Childhood Education and Care (ECEC), die unter der Bezeichnung Sure Start für Kinder zwischen 0 und drei Jahren zuständig sind. Die Schule selbst beginnt ab fünf Jahren.

Im Jahr 2000 hat Großbritannien einen Bildungsplan für die pädagogische Förderung aufgestellt und folgte damit anderen europäischen Vorbildern. Deutschland bleibt eines der wenigen Länder in der Welt, das den Bereich der vorschulischen Erziehung bisher ohne ein Bildungskonzept belässt.

Früher lag die Zuständigkeit für ECEC sowohl bei der nationalen als auch der regionalen Verwaltung. Das führte zu erheblicher Zerstückerung bei den Diensten. Im Jahre 1997 verabschiedete die Regierung einen Plan, mit dem das System der ECEC reformiert werden sollte. Daraufhin wurde 1998 eine neue Strategie verabschiedet (National Childcare Strategy). Die Strategie wird nun von lokalen „*Early Years Development Partnerships*“ in enger Zusammenarbeit zwischen den lokalen Erziehungsbehörden und den Sozialämtern umgesetzt. Für benachteiligte Gebiete wurden besondere finanzielle Mittel für das „Sure Start“ Programm zur Verfügung gestellt. **Die Qualität des Unterrichts wird durch nationale Standards überwacht. Insgesamt haben die unterschiedlichen Initiativen im Jahr 2004 etwa 1,6 Million neue Kinderbetreuungsplätze und 80000 neue Stellen für Betreuer geschaffen.**

Die Schulpflicht beginnt in Großbritannien mit fünf Jahren. Seit 2004 wird allen drei- bis vierjährigen ein Platz in der kostenlose Vorschule garantiert und zwar mindestens 2,5 Stunden pro Tag, an fünf Tagen in der Woche und in 33 Wochen im Jahr. 60 Prozent dieser Vorschulen sind öffentlich und kostenlos, etwa 30 Prozent privat und damit kostenpflichtig. Die Betreuung für Kinder unter drei Jahren ist hauptsächlich privat organisiert.

These 4: Wissen wo der Schuh drückt - Für neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Bildungspolitik

Regionale und kommunale Ansätze in der Bildungspolitik spielen beim Umbau des Bildungssystems eine wichtige Rolle. Das gewährleistet eine große Nähe zum „Problem“, schafft nachhaltige Strukturen und unterstützt die schon diskutierte Verantwortlichkeit der beteiligten Gruppen. Eine wichtige Rolle spielen auch der Umgang mit modernen Kommunikationstechnologien, für Schüler und Lehrer gleichermaßen.

Geld für Schulen, nicht für Bürokratie!

In Deutschland ist statt dem intelligenten, bedarfsgerechten Management für Schulen, die althergebrachte Verwaltung von Schulen verbreitet: Der Verwaltungsapparat des Bildungssektors ist von den Kultusministerien abwärts bis zur kommunalen und regionalen Ebene streng hierarchisch gegliedert. Die Schulverwaltungen sind weitgehend von anderen sektoralen Kommunal- und Regionalverwaltungen wie auch von anderen Akteuren institutionell getrennt. Die Schulleitungen und Lehrer erhalten gewöhnlich nur minimale Unterstützung bei Management- und Verwaltungsaufgaben. Im Gegenteil, oft belasten übermäßig aufwendige bürokratische Verfahren, Weisungen und Vorschriften der Bildungsbehörden die Schulleiter und die Lehrer, da sie Zeit kosten und so Schulleiter und Lehrer potenziell davon abhalten, sich näher mit ihren Schülern und der Optimierung ihrer Lehre zu beschäftigen.

Deutsche Bürokratie ist für Schulen nicht zukunftsfähig

Die deutsche Art der Schulverwaltung, die auf einer Steuerung nach Rechtsvorgaben baut, ist nach Meinung der OECD-Experten nicht zukunftsfähig. Eine abgeschottete, inflexible und stark hierarchisch organisierte Bildungsbürokratie, die auf ihre eigenen Verfahren orientiert ist nur beschränkt fähig, die Herausforderungen des lebenslangen Lernens und die bildungspolitischen Probleme im weiteren sozialen und ökonomischen Zusammenhang zu erfassen. So lässt die bürokratische Form der Schulverwaltung in Deutschland den Schulen zu wenig Raum, sich mit anderen lokalen Akteuren flexibel zu vernetzen, um die biographischen Übergänge zwischen Schule, Beruf oder höherer Bildung bzw. eine Optimierung der Weiterbildung zu ermöglichen. Dadurch kann die Schule ihre sozialen und arbeitsmarktbezogenen Funktionen nicht ausreichend wahrnehmen. Die

bürokratischen, starren Formen der Schulverwaltungen tragen außerdem nicht dazu bei, Schulen zu lernenden Organisationen zu machen, Lehrer wie auch Schüler zu motivieren und ihnen zu ermöglichen, sich mit ihren Bildungseinrichtungen zu identifizieren, was eine der Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsprozesse ist.

Kommunale Bildungsforen einrichten

Bildung geht alle an daher sind in den Städten und Gemeinden kommunale Bildungsforen einzurichten. Im Dialog mit allen relevanten Akteuren wird ein jährlicher Bildungsreport ausgewertet und gemeinsame Ziele definiert, um die Bearbeitung zukünftiger Handlungsfelder vorzubereiten. Aufgrund der spezifischen Konstruktion sind kommunale Bildungsforen insbesondere geeignet, die Felder Bildung, Ausbildung, Kultur und Jugendhilfe in einen gemeinsamen Entwicklungsprozess zu bringen. Sie sind ein Modell für die aktive gestaltende Teilhabe in der Entwicklung der regionalen Bildungslandschaft.

"Die Förderung und Erziehung junger Menschen in den Kindergärten und Schulen ist ein wichtiges strategisches Entwicklungsziel unserer Stadt. Daher müssen alle mithelfen, dass der Leistungsstand schulischer Bildung ständig verbessert wird."
*Hans Josef Vogel,
Bürgermeister der Stadt
Arnsberg*

Innovationskonferenzen und Expertenhearings veranstalten

Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit werden in thematischen innovationsorientierten Arbeitskreisen entwickelt. Fachleute diskutieren hier mit den Betroffenen über wirksame Strategien, z.B. zur Verbesserung der Beratungsangebote für Schüler. Zu speziellen Themen holen die Städte wissenschaftlichen Rat ein und veranstalten Vortragsreihen. In Arnsberg hat z.B. das Programm zur Förderung besonders begabter Schüler wesentliche Impulse aus dem Diskurs mit namhaften Experten gezogen.

Fach Austausch zwischen den Städten organisieren

Erfahrungen aus Pilotkommunen zeigen, dass durch den Aufbau eines Fachbereiches „Schule und Jugend“ ein Umdenken in den klassischen Verwaltungsbereichen stattfindet. Die Verwaltung orientiert sich dabei konsequent an der Lebenslage der Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ und nicht an der Handlungslogik traditioneller Organisationslehre. Parallel zur Verwaltungsorganisation soll unter Nutzung der Experimentierklausel der Gemeindeordnung der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss zum politischen Fachausschuss „Schule und Jugend“ zusammengelegt werden, so dass sich die Strukturen von Verwaltung und Politik entsprechen.

Aufbau effektiver Strukturen: Schaffung kommunaler Bildungsbüros und Steuerungsgruppen

Um die ambitionierte Projektarbeit zu koordinieren, müssen Personalressourcen verlässlich bereitgestellt werden. Erfolgreich arbeiten kommunale Bildungsbüros, die als wahrnehmbare Ansprechpartner fungieren. Insbesondere in den Städten Arnsberg und Herten wurden im Rahmen des Projektes „Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt“ nachhaltige Arbeitsstrukturen entwickelt, die wesentlich zu dem Projekterfolg in den beteiligten Städten beigetragen haben. Zur Begleitung und Strukturierung der Reformprozesse hat sich auch im NRW-Modellvorhaben „Selbständige Schule“ die Einrichtung einer Steuerungsgruppe bewährt, in der Vertreter der Verwaltung, der Politik, der Schulen und der Schulaufsicht gleichberechtigt vertreten sind.

Der PISA-Star Finnland



"Finnland gibt nicht mehr Finanzmittel aus als im OECD-Durchschnitt. Unser Erfolg bei Pisa stärkt die allgemein verbreitete Überzeugung in Finnland noch, dass die Gesamtschule genau das Richtige ist. Würden wir wie früher durch Aufnahmeprüfungen und sehr früh auswählen, ginge uns unglaublich viel Kompetenz von Schülern verloren." Die amtierende finnische Erziehungsministerin Tuula Haatainen hält die einheitliche Gesamtschule bis nach der neunten Klasse für den wichtigsten Faktor für das gute

Abschneiden.

Die Struktur des vorbildlichen finnischen Schulsystems ist vergleichsweise schlicht: Einschulung mit 7, danach 9 Jahre Gesamtschule, anschließend allgemeinbildende Oberstufe oder Berufsausbildung. Die Reform des Bildungssystems begann in Finnland im Jahre 1962. Jedoch vergingen einigen Jahre zwischen der geplanten Reform und ihrer Umsetzung Mitte der siebziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts.

Seitdem lassen die neuen finnischen Rahmenlehrpläne Schulen sowie Lehrern viel Freiheit bei der Individualisierung der Lernstoffes und des -tempo. Diese Standards setzen den Rahmen von der Vorschulklasse bis zur Oberstufe, auf der Schüler in zwei oder auch in vier Jahren ihr Abitur machen können. Das schaffen mehr als 60 Prozent. Andere erwerben das Abitur an Berufsschulen. 72 Prozent eines Jahrgangs studieren. Die Schulaufsicht wurde Mitte der neunziger Jahre abgeschafft. Das Gesetz verpflichtet die Kommunen, für guten Unterricht zu sorgen. Die Schulen sind den Gemeinden verantwortlich.

Die Verantwortung der Städte und Kommunen

Seit den 80er Jahren modernisiert Finnland aktiv sein Bildungssystem. Die Kompetenzen wurden von der nationalen Verwaltung auf die lokale Ebene abgegeben, so dass die Bildungsinstitutionen ihre eigenen Lehrpläne aufstellen konnten. Teilweise als Kompensation für den Kontrollverlust der nationalen Behörden wurde eine Kontrolle der Bildungsstandards etabliert. Das Ziel war eine dynamische und interaktive Entwicklung der Lehrpläne. Der Fokus in der Bildungspolitik änderte sich von der schulischen Infrastruktur zur Qualitätsverbesserung. Neben der Verantwortung für die Lehrpläne wurde auch die Kooperation der Schulen untereinander gefördert.

Die effiziente Verwaltung der Schulen liegt bei den Städten und Gemeinden. Sie sind rechtlich eigenständig und können teilweise eigene Steuern erheben. Die Entscheidungskompetenz liegt beim gewählten Stadtrat, der einen Exekutivrat und Ausschüsse bestimmt. Jede Stadt hat zumindest einen vom Stadtrat bestimmten Schulausschuss. Die meisten Einheitsschulen und Einheitsschulen werden von den Städten unterhalten. Darüber hinaus betreiben viele städtische Schulbehörden Trainingscenter für Erwachsene, Abendschulen und Berufsschulen. Die Städte sind verpflichtet, die Schulerziehung für alle Kinder der Gemeinde ermöglichen.

These 5: Neues Lernen mit Neuen Medien: IT-Konzepte für die Bildungsrevolution

Eine im Hinblick auf jetzige und zukünftige Aufgabenstellungen gestaltete regionale Bildungslandschaft muss sich auf ein optimales Kommunikationsnetzwerk stützen können und gleichzeitig angemessene Lernchancen sicherstellen. Es geht somit um den Aufbau einer mediengestützten regionalen Bildungslandschaft. Allen Jugendlichen soll auf diese Weise das Lernen mit und am Computer in verschiedenen Arbeits- und Kommunikationszusammenhängen ermöglicht werden. Medienkompetenz ist eine wichtige Schlüsselkompetenz, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

Beim notwendigen Erwerb von Medienkompetenz kann sich niemand ausschließlich auf den Informatikunterricht stützen. Vielmehr kommt es darauf an, eine integrierte Anwendung alter und neuer Medien in (fast) allen Fächern in allen Jahrgangsstufen aller Schulformen zu ermöglichen. Demnach kann es nicht nur um die Lehrerfortbildung und eine entsprechende Ausstattung für den Informatikunterricht gehen. Lehrerfortbildung und Ausstattung müssen im Kontext einer technischen, curricularen und finanziellen Gesamtstrategie darauf zielen, alle Lehrerinnen und Lehrer in die Lage zu versetzen, einen auf selbstständigen Erwerb von Schlüsselkompetenzen ausgerichteten, praxisnahen Unterricht zu organisieren, in dem alte und neue Medien vielfältig eingesetzt werden können.

„Jedes Kind kann es schaffen, vorausgesetzt wir sind gut genug, um es entsprechend zu fördern.“

Fallstudie Kennisnet (Niederlande)

Ein gutes Beispiel für die Aktivierung der Bürger ist ein Bildungsprogramm in den Niederlanden namens Kennisnet (niederländisch für „Wissensnetzwerk“). Als eine Agentur des Bildungsministeriums organisiert Kennisnet Verbindungen und Lernwerkzeuge für Schulen, Lehrer, Eltern und Gemeinschaften und bringt hierfür öffentliche und private Organisationen zusammen. Ein privates Konsortium von Kabelfirmen namens NLTree bietet Breitbandverbindungen für die 12.000 Schulen des Landes.

Neues Lernen mit neuen Medien setzt eine entsprechende Schularchitektur mit Selbstlernräumen und Medienzentren voraus. Die Schulen müssen so ausgestattet sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler tatsächlich in allen Fächern und Jahrgangsstufen die Möglichkeit hat, das Arbeitsmittel Computer sinnvoll einzusetzen. Dabei ist eine altersdifferenzierte Betrachtung des notwendigen und sinnvollen Computereinsatzes anzustellen. Darüber hinaus



muss sichergestellt sein, dass alle Lehrerinnen und Lehrer angemessene Qualifizierung und Unterstützung erfahren, damit ein Unterricht ermöglicht wird, in dem das Lernen gelernt sowie der unterstützende Einsatz neuer Medien in Einzel- und Teamarbeit selbstverständlich werden kann. Schreibmaschinenkurse sollten für alle Schüler verpflichtend sein, das Schreiben von Hand wird ja auch geübt.

Die Einführung und der Betrieb von Informations- und Kommunikationstechnik müssen standardbasierend erfolgen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die IuK-Infrastruktur für Schulen in weiten Teilen der kommunalen Landschaft größere Dimensionen annehmen wird als für die kommunale Verwaltung. Diese Infrastruktur muß mit der gleichen Professionalität und mit den gleichen Maßstäben konzipiert und betrieben werden. Hieraus folgt:

Fokussierung der Schulen und der Lehrer auf die eigenverantwortliche Wahrnehmung der Bildungs- und Pädagogikaufgaben entlang von Bildungsstandards. Hiermit verbunden ist: Übernahme des Betriebes der Informations-, Kommunikations- und Netzinfrastrukturen durch den Schulträger unter Beteiligung des städtischen IuK-Dienstleisters. Standards und kontinuierlicher Austausch sind auch hier Schlüsselwörter.

Fallstudie Wernigerode – von der Kreisbildstelle zum multimedialen Bildungsportal

In Sachsen-Anhalt vernetzen sich Bildungseinrichtungen im „Bildungsportal Harz“. Zunächst ging es lediglich darum, dass die Kreisbildstelle Wernigerode den Schulen Unterrichtsvideos einfacher, Zeit sparender und kostengünstiger zur Verfügung stellen wollte. Der ursprüngliche Projektfokus verbreiterte sich jedoch schnell. Die Frage rückte ins Zentrum, wie sich die Bildungsarbeit unterschiedlicher Träger regional vernetzen ließ, um elektronische Inhalte noch wirkungsvoller als bisher zu nutzen. Das „Bildungsportal Harz“ gibt Lehrern die Möglichkeit, fertig aufbereitetes Unterrichtsmaterial elektronisch auszutauschen. Das macht nicht nur die Vorbereitung effizienter, sondern verbessert auch die Qualität des Unterrichts. Außerdem können Zugriffsrechte gezielt an Schüler vergeben werden, die ausgewählte elektronische Materialien somit auch außerhalb des Unterrichts nutzen können. Entscheidend für eine breite Akzeptanz des neuen Bildungsportals ist – neben strikter Freiwilligkeit – seine zuverlässige Verfügbarkeit. „Das war seinerzeit ein wesentlicher Grund für die Entscheidung zugunsten der Netztechnologie von Cisco Systems. Zudem verfügt Cisco über ausgereifte E-Learning- und Content-Delivery- Lösungen“, berichtet Mitinitiator Volker Griese. Innerhalb der Schulen kann der Zugriff über Funk erfolgen, wobei Cisco Access Points eine Brücke zwischen leitungsgebundenem und kabellosem Funknetzwerk schlagen. Wichtigste Vorteile der Wireless LANs in den Schulen: Oftmals können Aufwand und Kosten für eine nachträgliche Verkabelung eingespart werden. Das Bildungsportal Harz verdankt seine Existenz einer erfolgreichen Public Private Partnership. Sie ermöglichte eine Finanzierung, bei der im Fall Wernigerode lediglich 20 Prozent der Gesamtkosten aus eigenen Mitteln aufgebracht werden mussten. Neben den Pilotschulen waren diverse Stadt-, Kreis- und Landesbehörden in die multimediale Bildungsinitiative involviert. Auf Seiten der Wirtschaft engagierte sich neben Cisco Systems u. a. auch die Deutsche Telekom, von der die Portal-Software stammt.

Das Portal: <http://cisco.netacad.net>

Das Programm in Europa: www.cisco.com/edu/emea

Das Programm in Deutschland: www.bildungsinitiative-networking.de

Quellen

- Bertelsmann Stiftung: Wir brauchen eine andere Schule! Konsequenzen aus PISA - Positionen der Bertelsmann Stiftung, 2002
Projektbericht „Schule & Co“, 2003
Projektbericht „Stadt macht Schule“, 2003
- Cisco Systems, Inc.: Internet Business Solutions Group: Connected Republic, Regieren und Verwalten in der Wissensgesellschaft
- Deutsche Bank Research:
Bildungsreform in Deutschland: Geld für Schulen, nicht für Bürokratie, 2004
- OECD: What Makes School Systems Perform? Seeing School Systems Through the Prism of Pisa, 2004
Education at a Glance, OECD Indicators, 2003
- Stern, Daniel: The interpersonal world of the enfant, 1985



Impressum

Innovators Club - Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung

Autor: Stefan Friedrichs

DStGB Dienstleistungs-GmbH
12207 Berlin, Marienstr. 6
Tel. 030.773 07 0
Fax 030.773 07 200
Mail dstgb@dstgb.de

Geschäftsführer:
Dr. Gerd Landsberg
Norbert Portz

Ansprechpartner:
Damir Stipić
Tel. 030.773 07 253
Mail damir.stipic@dstgb.de

Berlin im Mai 2005

